**Niederschrift
über die 33. Sitzung des Finanzausschusses**

Sitzung am :	Donnerstag, den 08.12.2022
Sitzungsort:	Festhalle, Kleiner Saal

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 20:25 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dirk Brückner	
Herr Thomas Fiedler	
Herr Stefan Golle	
Herr Christian Hermann	
Frau Kerstin Knabe	
Herr Danny Przisambor	später gekommen
Herr Maik Schwarz	

Beratendes Mitglied

Herr Volker Friese	
Herr Lennart Schorch	später gekommen
Herr Christian Stephan	
Herr Jochen Stüber	
Herr Hansjoachim Weiß	teilweise abwesend
Hans-Joachim Wunderlich	

Stellvertretendes Mitglied

Frau Sabine Schumann	Vertretung für Herrn Mirko Rust, früher gegangen
----------------------	--

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Ronny Hering	entschuldigt
Herr Mirko Rust	entschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Heiko Wogenstein	entschuldigt
-----------------------	--------------

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Göbel	Leiterin Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Scheibner	Leiter RPA	gesamte Sitzung
Herr Krämer	Leiter Büro OB	gesamte Sitzung
Herr Giller	Justiziar	gesamte Sitzung
Frau Blume-Brake	FGL Personal/Organisation	gesamte Sitzung
Frau Kramer	Controlling	gesamte Sitzung
Frau Pissors	Organisatorin P/O	öffentlicher Teil
Frau Behncke	Kulturreferat	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	FBL Jugend/Soziales	öffentlicher Teil
Herr Hoffmann	FBL Jugend/Soziales	öffentlicher Teil
Herr Nickel	FGL Gesamthaushalt	gesamte Sitzung
Herr Armbruster	Eigenbetrieb GAV	gesamte Sitzung
Herr BM Kämpf	Bürgermeister GBI	gesamte Sitzung
Herr Löffler	FGL Stadtplanung/Umwelt	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Leiter Tourismus, Marktwesen	gesamte Sitzung
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	gesamte Sitzung

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Presse	Berichterstattung

Tagesordnung:

öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Finanzausschusses am 06.10.2022
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Vorberatung zur Haushaltssatzung 2023/2024 (siehe Unterlagen der Finanzverwaltung)
- 2.1. Antrag 273-22 - CDU-Fraktion
- 2.2. Antrag 274-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.3. Antrag 275-22 - AfD-Fraktion
- 2.4. Antrag 285-22 - Ortschaftsrat Jöbnitz
- 2.5. Antrag 286-22 - Ortschaftsrat Kauschwitz
- 2.6. Antrag 287-22 - Ortschaftsrat Kauschwitz
- 2.7. Antrag 288-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.8. Antrag 289-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.9. Antrag 290-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.10. Antrag 291-22 - AfD-Fraktion
- 2.11. Antrag 292-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 2.12. Antrag 293-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 2.13. Antrag 294-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 2.14. Antrag 295-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 2.15. Antrag 296-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 2.16. Antrag 297-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 2.17. Antrag 298-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.18. Antrag 299-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.19. Antrag 300-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.20. Antrag 301-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.21. Antrag 302-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.22. Antrag 303-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.23. Antrag 304-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative
- 2.24. Antrag 305-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

- 2.25. Antrag 306-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.26. Antrag 307-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.27. Antrag 308-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.28. Antrag 309-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.29. Antrag 310-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.30. Antrag 311-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.31. Antrag 312-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.32. Antrag 313-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.33. Antrag 314-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.34. Antrag 315-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.35. Antrag 316-22 - Fraktion DIE LINKE.
- 2.36. Antrag 317-22 - FDP-Fraktion
- 2.37. Antrag 318-22 - FDP-Fraktion
- 2.38. Antrag 319-22 - FDP-Fraktion
- 2.39. Antrag 320-22 - CDU-Fraktion
- 3. **Information**
- 3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2022
Drucksachennummer 0751/2022
- 4. **Beschlussfassung**
- 4.1. Annahme einer Spende des Allianz Kinderhilfsfonds Berlin/Leipzig e. V.
Drucksachennummer 0743/2022
- 4.2. Annahme einer Spende der Eltern des ehemaligen Fördervereins der Kita Sonnenkäfer
Drucksachennummer 0745/2022
- 4.3. Gemeinsame Annahme von Spenden im Zeitraum vom 11.08.2022 – 10.11.2022
Drucksachennummer 0754/2022
- 4.4. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für Instandhaltungsarbeiten in der Kita Knirpsenburg
Drucksachennummer 0733/2022
- 5. **Vorberatung**
- 5.1. Änderung der §§ 9 und 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen
Drucksachennummer 0752/2022
- 5.2. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für das Flurstück 936/8 von Plauen)
Drucksachennummer 0594/2022
- 5.3. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
Drucksachennummer 0749/2022
- 6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Herr Oberbürgermeister Zenner eröffnet den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Finanzausschusses durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit. **Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist er darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.** Herr Zenner begrüßt den neu ernannten sachkundigen Einwohner Herrn Hans-Joachim Wunderlich. Mit Einverständnis des Finanzausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Herr Stadtrat Stefan Golle, CDU-Fraktion und Herr Stadtrat Christian Hermann SPD/Grüne/Initiative-Fraktion bestellt.

1.1. Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Zenner bestätigt die Tagesordnung zum öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Finanzausschusses.

keine weiteren Wortmeldungen

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Finanzausschusses am 06.10.2022

Herr Oberbürgermeister Zenner bestätigt die sachliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 31. Sitzung des Finanzausschusses am 06.10.2022.

keine weiteren Wortmeldungen

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

keine Informationen

2. Vorberatung zur Haushaltssatzung 2023/2024 (siehe Unterlagen der Finanzverwaltung)

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, verweist auf die ausgereichten Unterlagen. Diese sind aus den letzten Jahren bereits bekannt. Die Unterlagen enthalten die Änderungen der Verwaltung, alle Anträge der Fraktionen und die dazugehörigen Stellungnahmen der Verwaltung. Als Änderung der Verwaltung wurden die mittelfristigen Orientierungsdaten und das FAG-Prognosemodell eingetragen. Außerdem wurde eine Verbesserung der Gewerbesteuer eingearbeitet. Hier gab es im 4. Quartal noch einmal erhebliche Einzahlungen. Allerdings zum Teil in Verbindung mit Einmaleffekten. Dadurch ist es gelungen, im Produkt der Steuern und Zuweisungen, dies so darzustellen, dass es im gesamten Planungszeitraum keine Nettoneuverschuldung mehr gibt. Dies ist ein wichtiger positiver Punkt für die Kreditgenehmigung in den Jahren 2023 und 2024. Zu den Anträgen wurde eine Präsentation vorbereitet. Hier sind die dazugehörigen Stellungnahmen, Empfehlungen und finanziellen Auswirkungen noch einmal komprimiert zusammengefasst. Die ausführlichen Stellungnahmen finden sich in den ausgereichten Unterlagen. Sie verweist noch auf das ausgereichte Austauschblatt zur HH-Satzung. Dies machte ein vergessenes Vorzeichen erforderlich. Damit soll die Rechtssicherheit gewahrt werden und es muss Bestandteil der Beschlussfassung sein.

Herr Oberbürgermeister Zenner verweist auf das HH-Volumen des Jahres 2023 in Höhe von etwa 180 Millionen EUR für die Stadt Plauen. In den Bereichen Soziales, Kultur und Sport soll es keine Kürzungen geben. Er fragt nach dem Prozedere der Abstimmung. In den letzten HH-Befassungen gab es immer die Antragsvorstellung durch den Antragsteller, danach soll ein Wort dafür und ein Wort dagegen gefunden werden. Danach wird die Stellungnahme der Verwaltung vorgetragen. Es könnten allerdings auch die Anträge nacheinander protokollarisch in die Tagesordnung abgearbeitet werden, danach werden die Stellungnahmen der Verwaltung präsentiert und danach gibt es die Diskussion.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, plädiert dafür, als erstes die komprimierte Stellungnahme der Verwaltung vorzutragen.

2.1. Antrag 273-22 - CDU-Fraktion

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt des Antrages und empfiehlt die Rücknahme. Die Verwaltung hat sich bereits des Antrages angenommen und prüft derzeit die Einführung der Apps. Der Antragsteller stimmt der Rücknahme zu.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.2. Antrag 274-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt des Antrages und empfiehlt hier ebenfalls die Rücknahme, da sich die Verwaltung diesem Antrag bereits angenommen hat. Die Einführung einer Kita-App wird derzeit bereits geprüft. Der Antragsteller stimmt der Rücknahme zu.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.3. Antrag 275-22 - AfD-Fraktion

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Antrag und empfiehlt die Rücknahme. Dieser Antrag betrifft ebenfalls die Einführung einer Kita-App. Der Antragsteller stimmt der Rücknahme zu.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.4. Antrag 285-22 - Ortschaftsrat Jöbnitz

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die Prüfung durch die Verwaltung erfolgt ist und die Rücknahme des Antrages empfohlen wird. Durch das Thema der Kommunalbudgets, welches besagt, dass diese in den Jahren 2034 und 2024 zur Co-Finanzierung der neuen Elsterbrücke gebraucht werden, ist diese Investition erst in der nächsten Jahresscheibe 2025 eingeordnet. Somit ergibt sich die Rücknahme, da der Antrag entsprechend geprüft und entsprechend der Möglichkeiten eingearbeitet wurde.

Herr Oberbürgermeister Zenner empfiehlt, die Rücknahme abzustimmen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt zur Klärung der Vorgehensweise. Er fragt, was genau jetzt abgestimmt wurde. Wurde das Votum der Verwaltung oder über den Antrag abgestimmt?

Herr Oberbürgermeister Zenner möchte sich präzisieren. Die Verwaltung schlägt vor, diesen Antrag zurückzunehmen.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ist der Meinung, dass es 3 Möglichkeiten zur Präzisierung gibt. Ein Antrag kann zurückgenommen werden, weil er inhaltlich nicht passt. Einem Antrag kann entsprochen werden, dann nimmt sich die Verwaltung diesem an. Der Antrag ist dann damit erledigt. Dem Antrag kann ebenfalls zugestimmt werden, dann ist er zukünftig noch umzusetzen.

Herr Oberbürgermeister Zenner präzisiert nochmals. Die Verwaltung empfiehlt dem Stadtrat, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.5. Antrag 286-22 - Ortschaftsrat Kauschwitz

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass es sich um einen ähnlichen Antrag wie den vorangegangenen handelt. Auch die Stellungnahme der Verwaltung ist ähnlich, da auch hier auf die Kommunalbudgets und deren bereits verplante Verwendung verwiesen wird. Nur hier ist es so, dass diese Maßnahme auch nicht mittelfristig eingeordnet wird, da sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht als prioritär gesehen wird. Deswegen wird hier die Ablehnung des Antrages empfohlen.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass durch die kurzfristig notwendig gewordene Sa-

nierung der Elsterbrücke alle Mittel dafür benötigt werden und auch die Förderungen für den Straßenbau nicht erhöht wurden.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.6. Antrag 287-22 - Ortschaftsrat Kauschwitz

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, verweist auf die vorliegende ausführliche Stellungnahme der Verwaltung dazu. Die Unterbringung dieses Anhängers muss demnach nicht in der Form erfolgen, wie es der OR wünscht. Das Problem ist nach der Stellungnahme des FG Brandschutz somit gelöst.

Herr Oberbürgermeister Zenner empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.7. Antrag 288-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion in diesem Antrag den Ausweis der Produktnummer zukünftig im Stellenplan wünscht. Dazu liegt eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung vor. Dabei wird auf die Formvorschriften verwiesen, an welche die Verwaltung gebunden ist. Außerdem erhält der Stadtrat immer zusätzliche Informationen zum Stellenplan. Dieses Jahr erfolgte dies bereits im September 2022. Diese Präsentation als auch die Übersicht zur Verwaltungsgliederung und Stellenverteilung wurde an die Fraktionen ausgegeben. Zudem wurde erläutert, welche zusätzlichen Planstellen seitens der Verwaltung eingeplant sind. Mit diesen Unterlagen und Informationen ist die Verwaltung sehr transparent unterwegs. Somit kann die Ablehnung des Antrages erfolgen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass dieser Antrag zurückgestellt wird, da dieser für den aktuellen HH keine Auswirkungen hat. Er möchte trotzdem daran festhalten. Er möchte dieses Thema in der nächsten HH-Diskussion erneut aufgreifen.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.8. Antrag 289-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass es zum ersten Teil dieses Antrages ebenfalls einen Antrag von der Fraktion Die Linke gibt. Die Verwaltung empfiehlt im ersten Teil die Annahme des Antrages zur Toilettenanlage in der Käthe-Kollwitz-Schule. Die geplanten 50.000€ werden bei Zustimmung als Änderung der Verwaltung in den Haushalt 2023 eingeordnet. Bei Punkt 2 des Antrages plädiert die Verwaltung dringend für die Ablehnung des Antrages. Hierzu gibt es eine ausführliche Stellungnahme zu den zu erwartenden Kosten bzw. den Eigenanteil der Stadt. Dies sollte auf die nächste HH-Planung verschoben werden, da hier auch Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis stattfinden sollten. Diese Schule wird zu einem Großteil von nicht ortsansässigen Kindern besucht, deshalb sollte hier der Landkreis involviert werden. Sie bittet deshalb um Rücknahme des Punkt 2 im Antrag oder eine entsprechende Ablehnung.

Herr Oberbürgermeister Zenner verweist auf das Schulhausbaukonzept. Hier ist die Käthe-Kollwitz-Schule nicht das nächste geplante Gebäude. Er bittet um Annahme des Punkt 1, aber um Ablehnung des Punktes 2, da dies auch finanziell derzeit nicht darstellbar ist.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass dieser Antrag eine etwas längere Historie hat. Hier gab es bereits einen Vor-Ort-Termin. Die Sanierungsnotwendigkeit ist seit langer Zeit bekannt. Eine gänzliche Ablehnung des Punkt 2 wird die Fraktion keinesfalls zufriedenstellen. Es wird

hier seitens der Fraktion zumindest eine Kompromiss-Lösung erwartet. In der Stellungnahme der Verwaltung ist von einer Voruntersuchung im nächsten Jahr die Rede. Zumindest sollte in der Planung vorangekommen werden. Er bittet um getrennte Abstimmung der genannten Punkte.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass derzeit die Wartberg-GS saniert wird und als nächstes Objekt die Haselbrunner Schule geplant ist. Die im Antrag angegebene Deckungsquelle ist nicht verfügsreif. Es wurde bereits mit der Reduzierung der Kreisumlage geplant.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, möchte klarstellen, dass in der Spalte finanzielle Auswirkungen dargelegt wurde, wie die Auswirkungen wären bei Annahme des Antrages. Das heißt, bei Ablehnung des Antrages wird auch die Voruntersuchung nicht eingeplant. Aufgrund der aktuell geplanten großen Vorhaben ist dieses nicht zusätzlich unterzubringen. Es sollte dringend darauf geachtet werden, die Genehmigungsfähigkeit des HH weiterhin darstellen zu können. Es sollte die Verschuldung nicht weiter hochgehalten werden. Es müssen auch im Schulhausbau Prioritäten gesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass bei Annahme des Antrages (P.2.) der Haselbrunner Schule mitgeteilt werden müsste, dass die dort bereits geplante Sanierung nicht stattfinden kann bzw. eine Zurückstellung erfolgen müsste. Er fragt die Leiterin FV, ob Planungskosten in irgendeiner Weise dargestellt werden können.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass man sich eine Voruntersuchung vorstellen könnte. Auch als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Vogtlandkreis. Weiter möchte sie im HH 2023/2024 allerdings nicht gehen wollen.

Herr Oberbürgermeister Zenner empfiehlt die Errichtung einer Toilettenanlage zur Verbesserung der Verhältnisse vor Ort. Außerdem empfiehlt er die Voruntersuchung zur Präzisierung der anfallenden Sanierungskosten.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion erklärt, dass er dies nicht allein für die Fraktion entscheiden kann. Er begrüßt diesen Vorschlag allerdings als Kompromiss und würde dies gern in die Fraktionsabstimmung mitnehmen. Er möchte trotzdem das Votum für beide Punkte des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Verwaltung sich dem Punkt 1 des Antrages annimmt und dieser deshalb nicht abgestimmt werden muss. Den Beschluss eines Neubaus kann er nicht empfehlen. Stattdessen soll eine Voruntersuchung angegangen werden.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt nach dem Vorschlag zur Kompromissfindung. Würde durch die Verwaltung ein entsprechendes Änderungsblatt bzw. eine Information folgen als Beschlussgrundlage?

Herr Oberbürgermeister Zenner bestätigt dies. Wenn die Voruntersuchung einen gangbaren Kompromiss darstellt, würde herausgearbeitet werden, wo hoch hier die zu erwartenden Kosten wären bzw. welche Scheiben dargestellt werden können.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, schlägt die Anpassung des Antrages durch die Fraktion vor. Dies sollte im Ältestenrat nochmals besprochen werden.

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf, hat eine Bitte im Hinblick auf die Verhandlungen mit dem Landkreis. Es wurden dort bereits Gespräche geführt.

Sein Ansatz wäre eine Co-Finanzierung, da ca. 20% der Schüler keine Plauener sind. Sollte dies jetzt hier beschlossen werden und das Geld wird in den HH eingestellt unter der Konsequenz, andere Dinge zu verschieben oder wegfallen zu lassen, wird auch die Verhandlungsposition der Stadt in dieser Sache geschädigt.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 2: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 4 Stimmenthaltungen

2.9. Antrag 290-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, verweist auf die ausführliche Stellungnahme des Geschäftsführers. Es werden auch die neuen Mobilitätsformen aktuell verfolgt. Es stellt sich trotzdem leider so dar, dass diese Dinge die Wirtschaftlichkeit nicht verbessern. Dieser Antrag wird als ständiger Arbeitsauftrag angenommen. Die Finanzierungslücke ist mittlerweile oberste Chefsache. Es werden dauerhaft Verhandlungen dazu geführt. Es wird intensiv nach einer gemeinsamen Lösung gesucht.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erinnert an die Aufnahme des autonomen Fahrens. Dies war bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Hier wird eventuell auch ein neuer Kundenkreis erschlossen. Er bittet um die weitere Verfolgung dieses Ansatzes.

Die Verwaltung nimmt sich dem Antrag an. Es erfolgt keine Abstimmung.

2.10. Antrag 291-22 - AfD-Fraktion

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, kann versprechen, dass intensiv nach einer kostengünstigen Lösung inkl. der erhofften EFRE-Förderung und Einbindung der Meinel-Poller-Stiftung für dieses Problem gesucht wird. Sollte dies nicht gelingen, muss im HH-Vollzug nochmals darüber gesprochen werden. Der Antrag soll deshalb als Arbeitsauftrag angenommen werden.

Es erfolgt keine Abstimmung des Antrages.

2.11. Antrag 292-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, verweist auf die vorliegende Stellungnahme und empfiehlt hier die Ablehnung des Antrages, da dieser nicht veranschlagungsreif ist.

keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.12. Antrag 293-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Herr Oberbürgermeister Zenner verweist auf die in der Stellungnahme vorgestellte Richtlinie der Stadt Plauen (FRL Demokratie) Drucksachen-Nr. 0709/2022, welche im Stadtrat am 20.12.2022 beschlossen wird. Er empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.13. Antrag 294-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Die genannte Deckungsquelle wird abgelehnt. Die derzeitige Finanzierung der Jugendfeuerwehrarbeit ist auskömmlich, so dass keine zwingende Notwendigkeit zur Erhöhung der Aufwendungen vorliegt.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.14. Antrag 295-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, verweist auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung. Die beantragte 5%-Reduzierung ist unrealistisch. Es gibt rechtliche Verpflichtungen und einen Tarifvertrag, der eingehalten werden muss. Die Einsparung ist auch nicht veranschlagungsreif. Sie empfiehlt die Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.15. Antrag 296-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass dieser Antrag mit dem vorhergehenden korrespondiert. Er stellt auf die gleichen Deckungsmittel ab. Sie empfiehlt hier ebenfalls die Ablehnung. Die Höhe der Elternbeiträge wird durch die vom Stadtrat beschlossene Elternbeitragsatzung geregelt, welche noch bis zum 31.12.2023 ihre Gültigkeit behält. Der Antrag ist ebenfalls nicht veranschlagungsreif.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.16. Antrag 297-22 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass auch dieser mit dem Antrag 295-22 als Deckungsquelle korrespondiert. In der Stellungnahme wird erklärt, dass diese Aufgabe ohne die entsprechende Unterstützung von Bund und Land nicht erfüllt werden kann. Die Eltern mit niedrigem Einkommen können diese Kosten über das Bildungspaket des Bundes beantragen. Sie empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.17. Antrag 298-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass dieser Antrag 2 Teile hat. Zum einen stellt er auf die Erstellung eines Konzeptes ab. Dort wird um die Rücknahme des Antrages gebeten, weil das Anliegen bereits erfüllt ist. Die Verwaltung legt eine entsprechende Richtlinie vor, welche im Stadtrat am 20.12.2022 abgestimmt wird. Die nicht ausgezahlten Mittel unter Punkt 2 des Antrages waren nur noch in 2022 eingeordnet und nicht in 2021. Diese 8.000 EUR stehen aus 2022 zur Verfügung und die Verwaltung empfiehlt hier die Annahme des Antrages. Die Mittel werden auf die Jahresscheiben 2023 und 2024 entsprechend zu jeweils 4.000 EUR verteilt.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, ob der Antrag noch abgestimmt werden muss, damit die Mittel übernommen werden.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass wenn der Vorschlag der Verwaltung das Votum der Anwesenden findet, dann könnte dies noch in die Beschlussvorlage eingearbeitet werden. Ansonsten müsste der Antrag auf der Tagesordnung für den Stadtrat bleiben.

Herr Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, dass Teil 1 des Antrages zurückgenommen wird und Teil 2 nimmt sich die Verwaltung als Arbeitsauftrag an.

keine weiteren Wortmeldungen

Es erfolgt keine Abstimmung des Antrages.

2.18. Antrag 299-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die Verwaltung die Ablehnung des Antrages empfiehlt. Sie verweist auf die Begründung in der Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der Joel e.V. eine sehr wichtige und hervorragende Arbeit leistet. Man kann diese Arbeit nicht mit anderen Vereinen auf- oder gegenrechnen. Der Verein hat diese Unterstützung verdient und er empfiehlt, im Interesse der wichtigen Arbeit für Kinder und Jugendliche in diesem Stadtteil, diesen Antrag abzulehnen.

Herr Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass der Antrag die Anerkennung des Vereins beinhaltet. Diese hat der Joel e.V. nicht. Aktuell fällt eine Stelle in der sozialen Betreuung weg und insofern sollte das Geld entsprechend verwendet werden und nicht an den Joel Verein fließen. Ein anderer Punkt wäre es, wenn sich der Verein entsprechend um Anerkennung bemühen würde.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Anerkennung durch den Vogtlandkreis als Projektträger nicht vorliegt. Die Stadt Plauen erkennt die Arbeit des Vereines sehr wohl an. Er empfindet die Arbeit des Vereines als sehr wichtig. Man sollte dem Verein empfehlen, die Anerkennung nachzuholen. Man sollte den Stadtteil Preißelpöhl nicht ohne Kinderbetreuung lassen.

Herr Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte klarstellen, dass mit diesem Antrag nicht abgestimmt wird, ob es diesen Verein und dessen Betreuung weiterhin gibt. Das ist sachlich falsch.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies sachlich nicht ganz falsch ist. Der Verein hat finanzielle Nöte und ohne diese Zuwendung eventuell auch Betreuungsangebote entsprechend reduziert werden müssen. Er empfiehlt nochmals die Ablehnung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2.19. Antrag 300-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass dieser Antrag nicht unmittelbar haushaltsrelevant ist. Die Verwaltung hat sich dessen bereits als Arbeitsauftrag angenommen. Es sollte hier keine weitere Befassung im Zuge der HH-Planung geben analog der Vorstellung im vergangenen Bildungs- und Sozial-Ausschuss.

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf, verweist auf das im Sozial-Ausschuss präsentierte Konzept zur Zuwendung für Neugeborene. Die Präsentation liegt allen Beteiligten ebenfalls vor. Die Vorschläge aus den einzelnen Fraktionen werden gerne in die Diskussion mit aufgenommen.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, fragt ob dieser Antrag eine neue rechtliche Basis hat, da ein ähnlicher fraktionsinterner Antrag aus wettbewerbsrechtlichen Gründen in der Vergangenheit abgelehnt wurde.

Herr Oberbürgermeister Zenner verneint dies. Es wird nicht über eine konkrete Maßnahme abgestimmt, sondern über die Intention über zur Modifizierung dieses Begrüßungsgeldes einen neuen Beschluss zu fassen. Hier muss noch gemeinsam beschlossen werden, welcher Weg gewählt wird.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.20. Antrag 301-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass dieser Antrag erhebliche finanzielle Auswirkungen beinhaltet. Es gibt dazu eine klare Stellungnahme der Verwaltung. Diese beinhaltet, dass die Verwaltung eine weitere Übernahme freiwilliger Leistungen, die originär in der Zuständigkeit des Vogtlandkreises liegen, nicht befürworten kann. Dies liegt eindeutig in der Pflicht des Landratsamtes. Sie schlägt dringend eine Ablehnung des Antrages vor.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er die Intension des Antrages sehr gut findet, aber Plauen ist eine kreisangehörige Stadt und diese Leistungen gehören in den Kreis-Haushalt. Mit einer Annahme des Antrages würde die Stadt auch falsche Signale zur Zuständigkeit setzen.

Herr Stadtrat Christian, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass man diesen Antrag evtl. mit dem Antrag 299-22 gemeinsam hätte diskutieren sollen. Beide Anträge fordern eine Stelle für einen Sozialpädagogen, welcher konkret aufsuchende Sozialarbeit leistet. Es fällt eine derartige Stelle der MJA zum Jahresende weg. Somit entfällt diese Leistung, obwohl diese dringend notwendig wäre. Hier geht es nicht um fehlende Notwendigkeit, sondern um fehlende Mittel. Es werden an anderer Stelle Probleme in Millionenhöhe im HH nicht gelöst. Deshalb findet er es nicht zielführend hier auf die Unterstützung des Landkreises zu warten.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er den Hintergrund des Antrages sehr gut verstehen kann. Es geht hier um 150.000 EUR im Doppel-HH, welches für den Vogtlandkreis erbracht werden müsste. Es wäre wünschenswert, diese Stellen zu haben, aber er kann aus den genannten Gründen die Annahme des Antrages nicht empfehlen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass in der Stellungnahme bestätigt wurde, dass die HH-Ansätze wohl doch sehr viel höher zu erwarten sind, als sie bisher veranschlagt wurden. Die genannte Deckungsquelle (Vergnügungssteuer-Einnahmen) ist insofern zweckdienlich, da Spielsucht auch eine Erkrankung ist und somit auch eine Art Ursachenbekämpfung vorliegt.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass sie dargelegt hat, dass dies nicht unrealistisch erscheint. Allerdings nur für diese beiden Jahre. Wie es sich aber tatsächlich entwickelt und wieviel Geld die Leute in den kommenden Jahren in die Spielbank schaffen, kann nicht gesagt werden. Sie kann es nicht befürworten, da es risikobehaftet ist.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass seine Fraktion 2017 einen Antrag zu einer/einem Kinderbeauftragten eingebracht hatte. Die Fraktion könnte den Antrag der SGI unterstützen, wenn die Sozialpädagogen-Stelle diesen Teil Kinderbeauftragte/r mit beinhalten würde.

Herr Stadtrat Thomas Fiedler, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass bei aufsuchender Sozialarbeit etwas geleistet wird. Es gibt einen winzigen Anteil an Eltern, welcher nicht erziehungsfähig ist. Die Familienhebamme wäre eine Chance, so etwas aufzudecken. Wenn im Rathaus jemand eindringt, der dort nicht sein sollte, gibt es immer noch die Möglichkeit, die Polizei oder andere Ordnungsbehörden zu suchen. Wenn aber im Bereich der aufsuchenden Sozialarbeit einfach niemand da ist, dann kann es zu schweren Fällen kommen. Diese gab es vor einigen Jahren bereits mit Todesfall in der Stadt schon. Diese Menschen sind ansonsten ungeschützt. In anderen Bereichen gibt es immer noch übergeordnete Behörden.

Herr Oberbürgermeister Zenner fragt nach, ob richtig ist, dass wenn im Bereich Sicherheit im Rathaus etwas schiefgeht, das dann nicht ganz so wild ist. Hier kann nur gehofft werden, dass der Täter wartet, bis die Polizei eintrifft, da ja dann kein Ordnungsdienst mehr im Haus ist, welcher diese Präventionsmaßnahmen leisten könnte. Es sollte bekannt sein, dass die Aggressivität gegen Ordnungsbehörden immer weiter zunimmt. Die Einstellung des Sicherheitsdienstes erfolgte nicht ohne Grund. Dies tun mittlerweile auch alle anderen Rathäuser.

Es kommt immer wieder zu konkreten Vorfällen. Er denkt, dass man als Stadtrat schon einen Beitrag dazu leisten sollte, dass die Verwaltung einen gewissen Schutz genießen kann. Die Eltern der Stadt Plauen werden bereits durch eine Familienhebamme unterstützt, da dasselbe Angebot der Vogtlandkreis in nicht unerheblichem Maße bereits vorhält. Es wurde die Leistung dort auch als ausreichend eingeschätzt. Er kann nicht empfehlen, Leistungen des Vogtlandkreises zu übernehmen. Dies ist für weitere finanzielle Entscheidungen zu anderen Themen nicht zielführend.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.21. Antrag 302-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, empfiehlt, dass die Verwaltung sich diesem Antrag in beiden Punkten annimmt. Zu Punkt 1 kann die Bordabsenkung aus geplanten Mitteln realisiert werden. Zu Punkt 2 wurde geprüft, dass Fördermittel für den Radwegebau beantragt werden könnten und damit kann dieser Punkt in den HH-Beschluss eingearbeitet werden. Damit wäre dem Antrag vollumfänglich entsprochen.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.22. Antrag 303-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, empfiehlt hier die Annahme als Arbeitsauftrag gemäß Stellungnahme der Verwaltung. Der Antragsteller fordert mindestens 1x im Jahr eine Berichterstattung. Die Verwaltung hat dies 2x jährlich vorgeschlagen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass für eine politische Einschätzung die beantragte Transparenz eine wichtige Voraussetzung ist. Er fragt, ob im Januar bereits der erste Jahresbericht vorgestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Zenner verweist noch auf die Projekt-Koordinatorin Frau Winkler. Diese steht gern für einen Termin oder Rückfragen bereit.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

2.23. Antrag 304-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass der Antrag 316-22 der Fraktion Die Linke ebenfalls wie im hier vorliegenden Punkt die Sportförderung betrifft. Hier geht es darum, dass bis 2022 jeweils 6,00 EUR pro Person für die Sportförderung der Kinder- und Jugendpauschale gezahlt wurden. Diese konnte aus den Mitteln der Erbschaft Rabe aufgestockt werden. Diese Mittel sind verbraucht. Dies war im HH-Plan 2021/2022 bereits so enthalten. Der Rückgang auf die Ursprungshöhe von 3,00 EUR ebenfalls. Die Sportvereine erhalten ebenfalls eine Förderung vom Vogtlandkreis seit dem Wegfall der Kreisfreiheit. Diese beträgt 6,00 EUR pro Person. Nach dem jetzigen Stand würden diese damit 9,00 EUR pro Person erhalten. Da die Erbschaft nicht mehr verfügbar ist, ist auch die Erhöhung bzw. der Ausbau der freiwilligen Leistungen nicht mehr möglich. Analog ist dies im Punkt 2 bei den ehrenamtlichen Trainern zu sehen. Auch hier ist die Erhöhung des Zuschusses aus Sicht der Verwaltung nicht möglich. Grundsätzlich werden die freiwilligen Leistungen erhalten, aber zusätzliche Mittel können nicht kompensiert werden. Der 2. Punkt wird als Arbeitsauftrag angenommen. Hier soll ein entsprechender Vorschlag vorgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er selbst im Sport groß geworden ist und sozialisiert wurde, aber leider ist der HH der Stadt endlich. Glücklicherweise gibt es hier eine Förderung seitens des Vogtlandkreises.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass es hier um ein wichtiges politisches Signal geht. Dies ist in diesen Zeiten notwendig. Da im Moment massiv Mehrkosten geschultert werden, sollten im Ehrenamtsbereich keine Kürzungen vorgenommen werden. Der Umfang dieser beantragten Kosten ist überschaubar.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der ähnlich lautende Antrag der Fraktion Die Linke, 5,00 EUR Förderung vorschlägt. Er fragt, ob dies ein Kompromiss wäre. Allerdings ohne den in Punkt 2 genannten Zuschuss an ehrenamtliche Trainer.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass er dies für die Fraktion jetzt nicht entscheiden kann und bittet um die Abstimmung der einzelnen Punkte. Er möchte ergänzen, dass die Leistungen hier auf einem Niveau von vor 10 Jahren sind. Hier wurde ewig nichts erhöht. Auch der Kompromiss-Vorschlag ist eine Kürzung gegenüber dem Vorjahr und das in einer Situation, wo alle Kosten steigen. Dies ist nicht das politische Signal, was die Fraktion mittragen kann. Insofern wäre dies kein Kompromiss.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass auch für die Sportfreianlagen der Vereine zukünftig 50.000 EUR mehr an Mitteln aufgewendet werden. Von daher hält sie den Antrag der Fraktion Die Linke für einen guten Kompromiss. Hier werden dann aus städtischen Mitteln 2,00 EUR aufgestockt.

Herr Armbruster, Eigenbetrieb GAV, erklärt, dass es in dem Fall um die Sportfreianlagen geht. Hier wird der Zuschuss für die Personalkosten um rund 50.000 EUR erhöht und für die Sachkosten steht ein Budget von 40.000 EUR zur Verfügung. Dies ist abhängig davon, wie es in den einzelnen Vereinen aussieht.

Herr Wunderlich, sachkundiger Einwohner, erklärt, dass den Vereinen durch die Corona-Pandemie viele Mitglieder verloren gegangen sind und parallel dazu die Übungsleiter aussterben. Hier sollte ein deutliches Signal für die Zukunft der Stadt gesetzt werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Vereine durch die Pandemie tatsächlich nur sehr wenige Mitglieder verloren haben. Der Hinweis an anderer Stelle zu sparen zielt ebenfalls auf den freiwilligen Bereich ab. Auch da sind die Leistungen extrem wichtig. Sein Vorschlag wären 6,00 EUR. Das wäre über dem Antrag der Fraktion Die Linke und knapp unter dem Antrag der SGI-Fraktion.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bedankt sich für das Kompromiss-Angebot, möchte dies aber mit in die Fraktion nehmen und bittet trotzdem um Abstimmung. Er findet das Anbringen des Themas Bewirtschaftungszuschüsse als positive Leistung nicht passend. Dies ist zwar gut und war lange fällig, aber hier geht es eben um die Bewirtschaftung. Hier kommt kein einziger Euro bei den Ehrenamtlichen an.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass das Konzept der Stadt darauf abzielt, dass die Vereine die Freisportanlagen und Hallen selbst betreiben. Diese Betreuung wird damit durch Vereinsmitglieder realisiert. Damit wird auch die Vereinsarbeit gestärkt. Ansonsten würde dies durch externe Firmen umgesetzt werden. Energieversorgungskosten werden allerdings extra beurteilt.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die 6,00 EUR die Höhe ist, welche bisher auch erbracht wurde, aber davon bisher 3,00 EUR aus der Erbschaft Rabe finanziert wurden. Das heißt, wenn die 6,00 EUR jetzt bestehen bleiben, ersetzt die Stadt die Erbschaftsmittel. Dies ist dann ein zusätzliches Engagement aus dem städtischen HH.

Herr Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte gern mit den Zahlen im Antrag nochmals werben. So preiswert kann auf die Masse an Mitgliedern keine Sozialarbeit finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

Punkt 1: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Stimmenthaltungen

Punkt 2: 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Punkt 3: Wird als Arbeitsauftrag angenommen.

2.24. Antrag 305-22 - Fraktion SPD/Grüne/Initiative

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der Punkt 1 des Antrages bzgl. der Verhandlungen als Arbeitsauftrag angenommen wurde. Er kann die Streichung für 2024 nicht empfehlen. Hier sollten noch abschließende Verhandlungen geführt werden. Es gibt neue Landräte in Zwickau und im Vogtlandkreis. Auch mit der Stadt Zwickau sollte nochmals verhandelt werden. Er empfiehlt die Ablehnung des Punkt 2.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, meint, dass die nicht erfolgte Klärung die Stadt jedes Jahr sehr viel Geld kostet. Dieses fehlt an anderen Stellen. Es fragt nach der Information, dass bis 30.06. eine Entscheidung für das Folgejahr benötigt wird. Für das Budget 2024 ist also mit der Entscheidung bis 30.06.2023 Zeit. Die Erwartungshaltung der Fraktion ist, dass diese Klärung bis 30.06.2023 erfolgen kann. Er erwartet eine Initiative des Oberbürgermeisters gemeinsam mit dem Landrat bezüglich dieser Entscheidung. Demnach würde sich die Entscheidung zum Austritt erst im Juni stellen.

Herr Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass ein Austritt für 2023 nicht mehr möglich ist und dieser für 2024 bis 30.06.2023 vom Stadtrat beschlossen werden müsste. Demnach liegt ihm ein Auftrag zum Austritt 2024 derzeit nicht vor. Er würde dies allerdings für diesen Zeitraum noch nicht empfehlen.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, kann dies nur unterstreichen. Zur letzten Abstimmung des Austrittes ist die erforderliche Mehrheit im Stadtrat nicht zustande gekommen. Daher ergab sich eine zusätzliche Belastung im zweiten Jahr des vorangegangenen Doppel-HH. Sie kann nur davor warnen, diese Position aus dem HH herauszunehmen ohne dass dieser Beschluss gesichert ist. Sie denkt es ist ein guter Weg, aus dem Kulturkonvent auszutreten. Allerdings geht es bei dieser Entscheidung um den HH und deshalb muss sie den Punkt 2 des Antrages ablehnen.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er das Votum des Stadtrates für diesen Arbeitsauftrag braucht. Dies liegt derzeit nicht vor. Er kann eine Differenz in den Minusbereich für den HH nicht empfehlen. Eine Nichteinstellung des Geldes muss keine konkludente Entscheidung des Stadtrates nach sich ziehen.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass er entsetzt ist. Er ist der Meinung, dass der Oberbürgermeister seit Anfang diesen Jahres bereits den Verhandlungsauftrag des Stadtrates hat. Das Verhandlungsziel ist, den Grundlagenvertrag zu erarbeiten und den Vogtlandkreis als Gesellschafter einzubeziehen.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass der erste Teil des Antrages als Arbeitsauftrag angenommen wurde, aber kein Verhandlungsmandat vorliegt, aus dem Kulturraum auszutreten.

Herr Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass dies so im Antrag auch nicht genannt wird.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass dies indirekt erklärt wird, wenn die Auszahlung der Kulturumlage gestrichen wird, sind keine Mittel für die Beiträge im Kulturraum vorhanden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass gerade festgestellt wurde, dass diese Entscheidung spätestens am 30.06.2023 zu treffen ist. Genau dies fordert

dieser Antrag unter Punkt 1. Eine vorausschauende Planung der Mittel ist demnach nicht zielführend, der Druck soll aufrechterhalten werden.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die so eingesparten Mittel dem Theater direkt wieder zugeführt werden müssten. Er kann dies nicht empfehlen. Es gibt keinen Stadtrats-Beschluss zum Austritt aus dem Kulturraum. Das Mandat zu weiteren Verhandlungen zur Beteiligung des Vogtlandkreises nimmt er wahr und übt er sehr stringent aus.

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, erklärt, dass sie immer der Meinung war, dass der Austritt für die Stadt keinen Nachteil hat. Eine Zahlung des Geldes an das Theater ist ihr nicht bekannt. Sie geht davon aus, dass bei einer Planung der Mittel durch die Stadt, die Unterstützung durch den Vogtlandkreis nicht erfolgen wird.

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er zu keinem Zeitpunkt behauptet hat, dass der Austritt mit Nachteilen verbunden ist. Er kann, auch im Hinblick auf die letzte Stadtrats-Abstimmung, nicht davon ausgehen, dass die Stadt aus dem Kulturraum austreten wird. Deshalb empfiehlt er, diese Mittel erst einmal im HH zu belassen. Er ist allerdings der Meinung, dass im Fall des Austrittes ein Teil des Geldes an das Theater zurückgeführt werden sollte. Dies könnte der Stadtrat allerdings dann auch anders entscheiden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erklärt, dass die Intention der Fraktion war, dass ein Verhandlungsergebnis vorliegen muss. Deshalb wird die Position der Mittel in Frage gestellt. Die Mittel sollen deshalb nicht im HH geplant sein, um den Verhandlungsdruck zu erhöhen. Es soll sichtbar sein, dass die Stadt sich diese Ausgabe nicht leisten kann und dafür nicht zuständig ist. Deshalb sollen beide Punkte gemeinsam beschlossen und abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2.25. Antrag 306-22 - Fraktion DIE LINKE.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass dieser Antrag als Arbeitsauftrag angenommen wird. Es werden hier entsprechende Vorschläge zugearbeitet, welche in den Ausschüssen zu diskutieren sein werden.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.26. Antrag 307-22 - Fraktion DIE LINKE.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt, dass sich die Verwaltung dem Antrag als Arbeitsauftrag annimmt.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.27. Antrag 308-22 - Fraktion DIE LINKE.

Herr Oberbürgermeister Zenner empfiehlt hier die Ablehnung des Antrages.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die Empfehlung des Tourismuskonzeptes bereits als Verwaltung mit dem HH-Planentwurf umgesetzt wurde. Das Marketingbudget soll auf 65.000 EUR angehoben werden. Dies wird in Jahresscheiben bis 2025 getan. Damit ist auch die Frage der Werbung verbunden. Es werden die Einkaufsmöglichkeiten beworben, wenn in anderen Bundesländern Feiertag ist. Dazu gab es bereits eine Mail an die Fraktionen seitens der Finanzverwaltung.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass dem Antrag bereits mit der HH-Befassung stattgegeben wurde. Dieser ist somit im HH enthalten und wird nicht aufrechterhalten.

ten.

Es erfolgt keine Abstimmung.

2.28. Antrag 309-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass bei Bedarf an Herrenkleidung das vorhandene Budget dafür eingesetzt wird. Sie empfiehlt die Rücknahme des Antrages.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass er den Auftrag der Fraktion hat, diesen Antrag aufrechtzuerhalten. Es sollte hier eine Gleichbehandlung zwischen Hostessen und Hosts geben.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die im Antrag angegebene Deckungsquelle nicht eingesetzt werden kann, weil diese in der Regel ausgereizt ist. Der Antrag bedeutet somit Mehrausgaben bzw. einen fehlenden Betrag bei der Umsetzung von Veranstaltungen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

2.29. Antrag 310-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass dies erledigt ist. Der Antrag soll zurückgenommen werden. Die Änderung der Hauptsatzung ist auf der heutigen Tagesordnung noch zur Abstimmung. Damit wird der Intention der Fraktion entsprochen.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass in der Hauptsatzung seinem Wunsch entsprochen wurde. Er wird deshalb den Antrag zurückziehen.

2.30. Antrag 311-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung. Dort wird ebenfalls auf das momentane personelle Problem hingewiesen. Der Antrag wird deshalb grundsätzlich als berechtigt gesehen. Die Verwaltung wirbt allerdings für eine Befristung auf 2 Jahre. Die Ausschreibung soll allerdings unbefristet erfolgen. Sobald die Aufgabe der befristeten Stelle erfüllt ist, soll eine Übernahme in den IT-Bereich erfolgen. Somit sollte eine Modifizierung des Antrages erfolgen.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, stimmt der Modifizierung zu.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

2.31. Antrag 312-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, schlägt vor, dass dem Antrag zunächst nicht gefolgt wird. Die Einstellung in den HH-Plan sollte zurückgenommen werden. Im HH-Vollzug kann aber über eine projektbezogene Bezuschussung entschieden werden. Für konkrete Projekte wäre dann sicher ein außerplanmäßiger Zuschuss möglich.

Herr Armbruster, Eigenbetrieb GAV, erklärt, dass der Friedhof im oberen Teil noch als Friedhof genutzt wird. Es gibt eine Entwidmung zum Jahr 2045. Hier ist mit der Kirche vereinbart, dass die Felder sukzessive, wie die Ruhefristen auslaufen, an die Stadt übergehen. Im Moment ist der untere Teil an die Stadt übergegangen und wird als Arboretum genutzt und entwickelt. Die ehemalige Trauerhalle wird bereits vom Verein der Freunde Plauens betreut und einzelne Projekte wurden bereits umgesetzt. Dies hängt damit zusammen, dass eine Art Erbbaurecht an die Kirche übertragen wurde um den Friedhof zu betreiben. Es sind hier noch nicht alle Details geklärt.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, bietet folgende Modifizierung des Antrages an: Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt eine finanzielle projektbezogene Bezuschussung für die weitere Aufwertung des Arboretums i.H.v. 2.500 EUR jeweils für die Jahre 2023 und 2024.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltung

2.32. Antrag 313-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die HH-Lage eine Erhöhung der Mittel für freiwillige Leistungen nicht zulässt. Zum anderen ist es so, dass eine pauschale Erhöhung der Zuschüsse nicht als zielführend betrachtet wird. Es stehen verschiedene Förderprogramme für zusätzliche kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung. Eine individuelle Prüfung zusätzlicher Finanzierungsmöglichkeiten über einen gesonderten Zuwendungsantrag ist jederzeit möglich. Sie empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass Antrag aufrechterhalten wird. Es sollen auch neue Projekte die Möglichkeit haben. Dies ist aktuell oft nicht gegeben.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.33. Antrag 314-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass aktuell eine Organisationsuntersuchung im Kulturreferat stattfindet. Der Vorschlag der Verwaltung ist eine Modifizierung des Antrages und die Befristung der Stelle für 1 Jahr.

Der Antragsteller ist mit der Modifizierung gemäß Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass nach dem klaren Votum diese Änderung gleich in den HH eingearbeitet wird und somit nicht mehr auf der Tagesordnung des Stadtrates erscheinen wird.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.34. Antrag 315-22 - Fraktion DIE LINKE.

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass dem Antrag gefolgt werden kann und dieser deshalb angenommen werden sollte. Die vorgeschlagene Deckungsquelle soll genutzt werden, um die Ansätze in den Jahren 2023 und 2024 um 1.000 EUR zu erhöhen. Dies wird nach klarem Votum in den HH eingearbeitet.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

2.35. Antrag 316-22 - Fraktion DIE LINKE.

Herr Oberbürgermeister Zenner, erklärt hier, dass bereits in den Anträgen 304-22 und 316-22 zu diesem Thema diskutiert wurde.

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, erklärt, dass er den vorliegenden Antrag auf die bereits diskutierten 6 EUR erhöhen möchte. Somit wäre im Fall einer Ablehnung des weiteren Antrages über 8 EUR zumindest noch der Vorschlag der Verwaltung über 6 EUR vorhanden.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2.36. Antrag 317-22 - FDP-Fraktion

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erklärt, dass die Beseitigung der wesentlichen Beschädigungen aus Mitteln der Straßenunterhaltung erfolgt. Diese Ansätze wurden in den HH-Jahren 2023 und 2024 um je 200 TEUR und ab dem HH-Jahr 2025 um 100 TEUR erhöht.

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, erklärt, dass der Antrag deshalb gestellt wurde, da die Straßberger Straße schon 2018 und 2019 im HH-Plan war und 2022 fertiggestellt sein sollte. Jetzt ist diese Sanierung nicht mehr im Plan enthalten. Sie bat in vergangenen Terminen um eine Sanierung, die nicht aus „Kuhflecken“ besteht. Dies wurde aber nicht eingehalten. Es wurde wiederholt nur stellenweise saniert.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, erklärt, dass die stellenweise erfolgte Sanierung die preisgünstigere Variante ist. Somit wurde die Verkehrssicherheit vorerst wiederhergestellt. Für eine komplette Sanierung der Straße fehlen derzeit die Mittel.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme, 5 Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

2.37. Antrag 318-22 - FDP-Fraktion

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, empfiehlt hier die Rücknahme des Antrages. Für die Ausstattung der Oberschulen stehen Mittel in Höhe von insgesamt 168.030 EUR jeweils für 2023 und 2024 zur Verfügung.

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, erklärt, dass sie die hier dargestellten Mittel nicht im HH-Plan gesehen habe und deshalb der Antrag gestellt wurde. Es erfolgt die Rücknahme des Antrages.

2.38. Antrag 319-22 - FDP-Fraktion

Frau Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, erklärt, dass der Komturhof-Verein gerne wissen möchte, wie der Fortschritt des dritten Bauabschnittes geplant ist. Vor allem an der Elektrizität gibt es wohl noch viel Bedarf, worauf sich die bezifferte Summe hauptsächlich bezieht.

Herr Armbruster, Eigenbetrieb GAV, erklärt, dass hier ein FöMi-Problem vorliegt. Er kann dazu keine genaueren Angaben machen.

Herr Bürgermeister Kämpf, erklärt, dass hier voraussichtlich keine weiteren Gelder zur Verfügung stehen. Dies ist noch nicht genau bekannt. Es gibt aber auch die Möglichkeit über den Kulturweg der Vögte eine andere Förderquelle zu generieren. Diese hat gegebenenfalls sogar einen höheren Fördersatz. Die Verwaltung wird sich demnach dem Antrag annehmen, aber die Förderquellen noch offenlassen. Somit gibt es eine Modifizierung des Antrages in Form von Planung 2024 und Realisierung 2025.

Der Antragsteller stimmt dieser Modifizierung zu.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Stimmenthaltungen

2.39. Antrag 320-22 - CDU-Fraktion

Herr Oberbürgermeister Zenner empfiehlt die Annahme des Antrages. Die vom Antragsteller aufgeführte Begründung ist inhaltlich sehr gut nachvollziehbar.

Herr Wunderlich, sachkundiger Einwohner, bedankt sich bei Verwaltung für die Unterstützung des Antrages und lobt die Arbeit des Dachverbandes im vergangenen Jahr.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2022

Drucksachenummer 0751/2022

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

Herr Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt zur lfd. Nr. 5 nach dem Notwasserbrunnen Schlachthof. Welchen Hintergrund gibt es hier.

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, erklärt, dass es hier um die Bereitstellung im Rahmen der Notwasserversorgung (Zivilschutz) geht. Dies wurde als Aufgabe bei Verlust der Kreisfreiheit nicht abgegeben. Es sind mehrere dieser Brunnen über das gesamte Stadtgebiet, auch im Privateigentum, verteilt. Die Vergütung erfolgt über Aufwandsersatzung zu 100% vom Bund. Da diese Maßnahme nicht im HH-Plan verankert war, wurde der ÜPL erforderlich.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 14.10.2022 bis zum 09.11.2022 für das Haushaltsjahr 2022 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

4. Beschlussfassung

4.1. Annahme einer Spende des Allianz Kinderhilfsfonds Berlin/Leipzig e. V.

Drucksachenummer 0743/2022

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Geldspende des Allianz Kinderhilfsfonds Berlin/Leipzig e.V. in Höhe von 2.903,30 € zur Anschaffung einer Kletterkombination in der kommunalen Kita „Buratino“.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

4.2. Annahme einer Spende der Eltern des ehemaligen Fördervereins der Kita Sonnenkäfer

Drucksachenummer 0745/2022

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme einer Sachspende der Eltern des ehemaligen Fördervereins der kommunalen Kita „Sonnenkäfer“ mit einem Wert in Höhe von 1.200,00 €.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

4.3. Gemeinsame Annahme von Spenden im Zeitraum vom 11.08.2022 – 10.11.2022
Drucksachenummer 0754/2022

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Annahme bzw. Bestätigung der gemäß der Anlage verzeichneten Zuwendungen für die Stadt Plauen im Umfang von insgesamt **1.821,00 EUR**.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

4.4. Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel für Instandhaltungsarbeiten in der Kita Knirpsenburg
Drucksachenummer 0733/2022

Herr Oberbürgermeister Zenner erläutert kurz den Inhalt der Vorlage.

keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigt die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel i. H. v. 38.662,41 € als Zuschuss an die AWO Plauen-Vogtland gGmbH zur Finanzierung einer Instandhaltungsmaßnahme in der Kita Knirpsenburg.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5. Vorberatung

5.1. Änderung der §§ 9 und 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen
Drucksachenummer 0752/2022

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung erläutert den Inhalt der Vorlage. Dieser Sachverhalt wurde bereits vorgestellt. Zu den Sachverhalten, wo kein Spielraum mehr besteht, wurde die Zuständigkeitsregelung entsprechend angepasst.

keine weiteren Wortmeldungen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der §§ 9 und 18 der Hauptsatzung der Stadt Plauen gemäß der anliegenden Änderungssatzung.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

5.2. Grundstücksverkehr (Belastung Erbbaurecht für das Flurstück 936/8 von Plauen)
Drucksachenummer 0594/2022

Herr Löffler, FGL Stadtplanung/Umwelt, erläutert kurz die Details der Vorlage.

Herr Stadtrat Danny Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt, warum die Beschränkung gemacht wurde, wenn kein Risiko besteht.

Herr Löffler, FGL Stadtplanung/Umwelt, erklärt, dass im Haus nicht der Wunsch bestand das Grundstück voll zu belasten. Die aktuelle Rechtsprechung sieht ebenfalls eine 65-70%ige Belastung vor. Dem wurde sich in Absprache mit dem Justizariat angeschlossen. Der Käufer ist ebenfalls damit einverstanden.

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen genehmigt die Belastung des Erbbaurechtes für das Grundstück in Plauen, Neundorfer Str. 10, Flurstück 936/8 Gemarkung Plauen, Erbbauberechtigter Herr Soufian Hamza, mit Grundschulden in Höhe von 245.050,00 EUR für die Sparkasse Vogtland mit dem Sitz in Plauen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

**5.3. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
Drucksachenummer 0749/2022**

Frau Göbel, Leiterin Finanzverwaltung, erläutert kurz den Inhalt der Vorlage. Diese gab es bereits ebenso für die HH-Pläne der Jahre 2020, 2021 und 2022. Es wird natürlich ein Jahresabschluss für die Stadt Plauen erstellt. Darüber hinaus sieht die Gemeindeordnung vor, dass die Gemeinde zusätzlich auch einen sogenannten Gesamtabschluss aufstellen kann. Hier sind alle Beteiligungen und Zweckverbände noch einmal zu einem Gesamtabschluss konsolidiert. Das stellt einen sehr großen Aufwand dar und es gibt dazu entsprechende Freigrenzen. Aufgrund dieser Freigrenzen würde ein solcher Gesamtabschluss nur aus einem Konsolidierungsbericht ohne zusätzlichen Erkenntnisgewinn bestehen. Stattdessen wird der Beteiligungsbericht in der heutigen Sitzung vorgelegt und auch in dieser Form beibehalten.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, für die Jahre 2023 und 2024 auf einen Gesamtabschluss nach § 88b SächsGemO zu verzichten und stattdessen den Beteiligungsbericht nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO in bisheriger Form beizubehalten sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen auch weiterhin wie bisher nach der Eigenkapitalspiegelmethode in der Bilanz der Stadt Plauen auszuweisen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion Die Linke, fragt nach, ob es korrekt ist, dass die Busunternehmen ab morgen den Schülerverkehr eingestellt haben. Gibt es hier Möglichkeiten, zumindest teilweise mit der Straßenbahn auszuhelfen?

Herr Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass er zu diesem Thema im nichtöffentlichen Teil der Sitzung informieren wird.

Herr Wunderlich, sachkundiger Einwohner, fragt, ob es einen Überblick über alle von der Stadt angemieteten Objekte inkl. Miet- und Betriebskosten und deren Auslastung

**gibt. Gibt es dies auch über die eigenen Objekte der Stadt und deren Auslastung.
Herr Armbruster, Eigenbetrieb GAV, erklärt, dass es einen derartigen Überblick gibt.
Für 2021 liegen diese Zahlen bereits vor.**

Herr Oberbürgermeister Zenner sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Stefan Golle
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Janine Hulinsky
Schriftführerin

Christian Hermann
Stadtrat